

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 62 (1987)

Heft: 10

Rubrik: Gesichtet und gesiebt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesichtet und gesiebt

Der Staat zählt, der Bürger zahlt. Unter diesem Titel bezweifelt «Politik und Wirtschaft» den Wert der Volkszählung und schreibt dazu: «Mit einem reduzierten Konzept versuchen die Berner Statistiker die wachsende Kritik zu beruhigen.» Berechtigt ist die Kritik dort, wo sie darauf verweisen kann, dass man mit billigeren und die Befragten weniger belastenden *Stichprobenerhebungen* zu genügend aussagekräftigen Resultaten kommt. Ganz abwegig scheint uns in der Schweiz vorweggenommene Kritik, die sich auf Meinungen in der Bundesrepublik beruft, wonach dort nur die Hälfte der Bevölkerung vom Sinn der Volkszählung überzeugt sei. Seit wann brauchen wir in der Schweiz Nachhilfestunden in Staatsbürgergesinnung made in Germany? «Politik und Wirtschaft» schliesst denn auch ihren Artikel mit dem Eingeständnis, das Ergebnis des im Mai abgeschlossenen *Vernehmlassungsverfahrens* sei für die Berner Statistiker erfreulich ausgefallen. Einzig die Grünen sind grundsätzlich gegen die kommende Volkszählung. Die SPS verlangt ein vorher in Kraft tretendes Datenschutzgesetz. «Die rund fünfzig eingegangenen Stellungnahmen waren mehrheitlich positiv.»

Ausländer in der Schweiz 1986 auf Höchststand seit 1982. Das Total der Ausländer in der Schweiz erreichte laut der «Wirtschaftsförderung» mit rund 1,1 Millionen im Vorjahr den *Spitzenstand*. Im Vergleich mit 1985 hat sich die wichtigste Kategorie der «ständigen ausländischen Wohnbevölkerung» (= Jahresaufenthalter + Niedergelassene) um rund 16000 Personen auf 956000 Häupter erhöht. Sie machten zusammen im Vorjahr rund 86 Prozent aus. Die Zahl der Saisoniers und Grenzgänger ist in den zwei letzterfassten Jahren um über 16 Prozent auf rund 135000 gestiegen. Das Total der Funktionäre internationaler Organisationen und ausländischer Verwaltungen, über welche die Fremdenpolizei nicht Buch führt, wird auf seit 1982 konstante 21000 Menschen geschätzt.

Scharfer Rückgang der Wohnbautätigkeit bis 1995 prognostiziert. Der «Tages Anzeiger» (Zürich) basiert auf Schätzungen des *Bundesamtes für Wohnungs wesen*, indem er publiziert, die Zahl der jährlich neuerstellten Wohnungen werde im schweizerischen Durchschnitt auf rund 30000 Einheiten sinken. Das würde

einen Rückgang um 30 Prozent gegenüber der Bauproduktion der letzten sechs Jahre bedeuten, die jährlich durchschnittlich 44500 Einheiten ergeben hat. Die letztpublizierte Ziffer des durchschnittlichen Schweizer Leerwohnungsbestandes hat sich dagegen dem Nullpunkt genähert. In den Agglomerationen bedeutet dies praktisch einen Wohnungsmarkt mit *Angebot null Leerwohnungen*. Man kann das auch füglich als nicht mehr existenten Wohnungsmarkt bezeichnen. Doch wie man sieht, scheint niemand beim Bund für diesen funktionsfähigen Markt besorgt zu sein. Gibt es etwa dort Leute, die glauben, mit einem Preisüberwacher hätten sie etwas fürs Funktionieren der Wirtschaft getan?

Stationäre Zahl jährlich gebauter Einfamilienhäuser. Seit 1984 hat sich die Produktion bei etwa 12500 Einheiten stabilisiert. 1986 sind es genau 12801 Einfamilienhäuser gewesen, die neu erstellt worden sind. Der Anteil der Einfamilienhäuser am Total der erstellten Wohnungen hat sich – schreibt die «Wirtschaftsförderung» – in den letzten zwanzig Jahren deutlich verstärkt. 1967 waren erst 15,9 Prozent Einfamilienhäuser, 1986 aber 30,1 Prozent. Auch die Gesamtheit der neu erbauten Häuser für eine Familie änderte sich in den Jahren mit der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur. 1967 wurden 8853 Einheiten erstellt. 1973 brachte einen Höhepunkt mit 13320 Einfamilienhäusern. Die Krise der siebziger Jahre reduzierte die Jahresproduktion von Einfamilienhäusern auf 60 Prozent des 1973er Wertes. 1980 leitete die Erholung ein mit 16963 neuerrichteten Einfamilienhäusern.

Allgemein ist uns am besten gedient, wenn die Zahl der Jahresproduktion an Einfamilienhäusern *zukünftig stationär* bleibt. Auch so weist unser Land einen durchaus *respektablen Einfamilienhäuserbestand* auf.

Wir verbrauchen mehr Energie, als die Grünwelle erlaubt. Zu Recht hält die «Wirtschaftsförderung» den Schweizer Energiekonsumenten den massiven *Anstieg des Verbrauchs* vor, der bemerkenswert mit den Postulaten, die man lauthals und zuweilen mit fast unerträglicher Einseitigkeit austrompetet, kontrastiert. Denn laut der Energiestatistik des Tschernobyljahres 1986 erzielten wir einen neuen *absoluten Rekord*. Wir übertrafen den schon hohen Verbrauch des Jahres 1985 um 2,2 Prozent. Am stärksten haben wir den Verbrauch von *Autobenzin* gesteigert, nämlich um volle 4,5 Prozent. Das bestätigt wieder einmal mehr, schreibt die Wf dazu mit Recht, dass unser Konsumverhalten den Preisbewegungen folgt und nicht den wohlgemeinten Aufrufen zu sparsamem Verhalten. Weiteren steuerlichen Belastungen der Motorfahrzeuge entsprechend ihrem Benzinerbrauch steht folglich gar nichts im Wege, ausser dem wahrscheinlichen Kleinerfolg der *Autopartei* bei den nächsten eidgenössischen Wahlen, der aber voraussichtlich ganz unbedeutlich bleiben wird.

